

APA0016 5 AA 0761 CA Siehe APA0015/15.05 Do, 15.Mai 2025  
Parlamentswahlen/ Politische Bewegungen/ Armut/ Portugal/ Hintergrund

## Portugal - Können Rechtspopulisten von Neuwahlen profitieren?

### Utl.: Soziale Probleme und Armut spielen Rechtspopulisten in die Hände - Konservative kontern mit härterer Migrationspolitik

Lissabon (APA) - Nur zwei Wochen vor den Neuwahlen am kommenden Sonntag in Portugal hat die Regierung des konservativen Ministerpräsidenten Luís Montenegro eine überraschende Ankündigung gemacht: Medienwirksam forderte sie 18.000 Einwanderer auf, innerhalb von drei Wochen das Land zu verlassen. Ihre Anträge auf eine Aufenthaltsgenehmigung würden abgelehnt. Weitere 78.000 Migranten sollen ähnliche Bescheide in den kommenden Wochen erhalten.

Präsidentenminister António Leitão Amaro stellte zudem klar, dass Portugal sein "Abschiebesystem überdenken muss, das nicht funktioniert". Für die sozialistische Opposition war diese Maßnahme eine klare Strategie, um potenzielle Wähler der rechtsextremen Partei Chega abzuwerben. "Damit dürften sie nicht falsch liegen. Die Rechtsextremisten, deren Partei erst 2019 gegründet wurde, erhielten bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr vor allem auf Kosten der konservativen Regierungspartei PSD 18 Prozent der Stimmen und wurden drittstärkste Kraft im Land", erklärt Politikwissenschaftler António Costa Pinto im Gespräch mit der APA.

Chega dürfte keine großen Stimmengewinne einfahren

Jüngste Umfragen sagen Chega keine großen Stimmengewinne voraus. Doch die rechtskonservative Parteienallianz von Luís Montenegro traut den Umfragen anscheinend nicht. Tatsächlich gelingt es der Partei von André Ventura vor allem, junge Wähler zu begeistern. Das liegt weniger an der fremdenfeindlichen Ausrichtung der Partei, die Migration und Kriminalität in Verbindung bringt und sich für die Einführung von Einwandererquoten in einem Land ausspricht, in dem rund 1,3 Millionen Ausländer, rund zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung, ein legales Aufenthaltsrecht genießen.

Chega erreicht die Jugend vor allem über das Wahlprogramm "Rettet Portugal". Es verspricht die Anhebung des Mindestlohns von derzeit 850 auf 1.150 Euro bis 2029, eine effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Steuersenkungen von bis zu 15 Prozent. Auch die politische Instabilität und die Korruptionsskandale bei beiden großen Volksparteien bereiten der populistischen Bewegung einen fruchtbaren Boden.

Große soziale Probleme

Was den Rechtspopulisten aber am meisten Wählerstimmen zuspälspielen könnte, sind die großen sozialen Probleme im Land, angefangen mit der Wohnraumnot. Die Rechtspopulisten brauchen nicht einmal alternative Maßnahmen vorschlagen. Die Notlage an sich spielt ihnen schon in die Hände.

"Die Wohnungskrise hat sich im vergangenen Jahr nochmals verschärft und trifft nicht nur wie bisher die Schwächsten der Gesellschaft wie Pensionisten, Einwanderer, junge Studenten oder obdachlose Menschen, sondern zunehmend auch generationen- und klassenübergreifend die Mittelschicht", berichtet Luís Mendes der APA. Der Geograf forscht an der Universität Lissabon zu Gentrifizierung und verfolgt das Wohnraumproblem seit Jahren.

"In einem Niedriglohnland wie Portugal, in dem die meisten gerade einmal 1.000 Euro im Monat verdienen, können sich immer weniger Menschen noch eine würdige Wohnung leisten", sagte Mendes und wirft noch eine erschütternde Zahl hinterher: "In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Obdachlosen deshalb um mehr als 75 Prozent gestiegen."

Zwar habe die konservative Regierung von Premier Montenegro eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsmangel in Portugal zu bekämpfen. So verpflichtete man sich, mehr Sozialwohnungen zu bauen und junge Menschen beim Kauf ihrer ersten Immobilie steuerlich zu unterstützen. Doch für die sozialistische Opposition gingen die Maßnahmen nicht weit genug und die Konservativen verfügten nur über eine schwache Minderheitsregierung, wodurch es kaum Fortschritte gab.

Gesundheitssystem ist marode

Zu Rückschritten kam es sogar bei einem anderen großen sozialen Problem in Portugal - dem maroden Gesundheitssystem, berichtet Joana Bordalo, Vorsitzende des portugiesischen Ärztegewerkschaftsverbands FNAM. Immer länger werdende Wartelisten für Facharzttermine sind in Portugal nur das geringste Problem. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung und des damit verbundenen Ärztemangels kann fast 1,6 Millionen Portugiesen, knapp 18 Prozent der Bevölkerung, nicht einmal ein Hausarzt zugewiesen werden.

"Der Fachkräftemangel hat sich dramatisch verschärft, weil keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Das Gesundheitsministerium unter der Führung von Ana Paula Martins bringt das nationale Gesundheitssystem derzeit in die fragilste Lage seit seiner Gründung", sagt die Gewerkschaftspräsidentin. Die Konsequenzen seien bereits zu spüren, so Bordalo: "Die Zahl der Menschen ohne zugewiesenen Hausarzt ist im vergangenen Jahr noch einmal gestiegen. Immer mehr Notdienste mussten schließen."

Portugal gilt nach wie vor als ärmstes Land Westeuropas. 20 Prozent der rund 10,6 Millionen Portugiesen leben an der Armutsgrenze. Das können die Rechtspopulisten, die noch niemals an der Macht waren und von den anderen Parteien mit einer Brandmauer isoliert wurden, für sich nutzen. Bisher ging die Strategie der Rechtspopulisten, das Thema Innere Sicherheit und Migration auf die Agenda zu setzen, kaum auf. Doch nun versuchen ausgerechnet die konservativen Wahlfavoriten von Ministerpräsident Montenegro im Wahlkampfendspurt der Partei Chega mit dem "Migrationsproblem" präventiv den Wind aus den Segeln zu nehmen.

(Von Manuel Meyer/APA)

mme/mp/ar

APA0016 2025-05-15/5:03  
150503 Mai 25